
FDP Vogelsberg

CDU-SPD GEFÄHRDEN GASTRONOMIE UND UNTERNEHMEN

23.08.2025

„Der Amtsschimmel wiehert, während im Vogelsberg viele Betriebe ums nackte Überleben kämpfen“, kritisiert Mario Döweling, Fraktionsvorsitzender der FDP Vogelsberg. „Mitten in den Sommerferien, wo Gaststätten wegen Personalmangel und hoher Kosten ohnehin am Limit sind, verschickt die Landesregierung massenhaft Rückforderungsbescheide zu Corona-Soforthilfen. Das ist nicht nur wirtschaftsfeindlich, sondern eine Zumutung für unsere Gastronomen, Kleinunternehmen und Mittelständler, die mit großem Einsatz den ländlichen Raum am Leben halten.“

Die IHK und die DEHOGA sprechen von einem praxisfernen Verfahren. Eine Rückmeldefrist von nur zwei Wochen nach über fünf Jahren sei realitätsfern und gefährde Existenzen. Besonders ältere Wirte, die ihren Gasthof inzwischen aufgegeben haben, würden mit Rückforderungen aus ihrer Rente in den Ruin getrieben.

Stephan Ringmaier, Kreisvorsitzender der FDP Vogelsberg, betont: „Viele Landgasthöfe und Familienbetriebe im Vogelsberg sind nicht nur Arbeitgeber, sondern Herz und Seele ihrer Dörfer. Sie bieten Räume für Vereine, Feste und Begegnungen. Wenn diese Häuser durch starre Bürokratie sterben, verliert unsere Region ein Stück Identität.“ Ringmaier kritisiert zudem, dass zentrale Kosten wie Personalkosten oder Unternehmerlohn bei der Abrechnung gar nicht anerkannt würden. „Das ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die mit privaten Einlagen und gestundeten Mieten ihre Betriebe über die Krise gerettet haben.“

Andere Bundesländer wie Bayern oder Sachsen zeigen, dass es mit Härtefallregelungen, Stundungen oder Ratenmodellen auch fairer geht. Hessen dagegen bleibt bei kalter Bürokratie.

Die FDP im Hessischen Landtag hat deshalb einen Dringlichen Berichtsantrag im Wirtschaftsausschuss gestellt. Dieser fordert Antworten zu Fristen, Härtefallregelungen

und Bagatellgrenzen.

Döweling abschließend: „Im Vogelsberg hängen Arbeitsplätze, Dorfleben und gesellschaftlicher Zusammenhalt an der Gastronomie. Wer unsere Landgasthöfe retten will, muss jetzt handeln – weg von der Schreibtisch-Politik in Wiesbaden, hin zu pragmatischen Lösungen mit Augenmaß.“